

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 45 | 09.11.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Florian Kronschläger

Das NormG 2016 – Ausgewählte Rechtsfragen des Normenwesens

Die Monografie analysiert die dogmatischen Hauptfragen des Normengesetzes 2016.

ISBN 978-3-902883-36-0, IX und 139 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 276/2018 (Anlagen)

Verordnung des Bundesministers für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz über die modulare Grundausbildung für den Kanzleidiensnt der ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie für den Gerichtsvollzieherinnen- und Gerichtsvollzieherdienst (**modulare Kanzlei- und Gerichtsvollzieher/innen Grundausbildungsverordnung** – MKGAV)

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 274 v 05.11.2018, 1

Delegierte Verordnung (EU) 2018/1637 der Kommission vom 13. Juli 2018 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates durch **technische Regulierungsstandards für die Verfahren und Merkmale der Aufsichtsfunktion**

ABI L 275 v 06.11.2018, 7

Verordnung (EU) 2018/1649 der Kommission vom 5. November 2018 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr 1334/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der **Streichung bestimmter Aromastoffe aus der Unionsliste**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

04.10.2018, [G 48/2018 ua](#)

StrafprozessO; StGB; Abweisung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen betreffend die **Unabhängigkeit von Sachverständigen** und die **Relevanz von Privatgutachten** im Hauptverfahren nach der StrafprozessO sowie die StGB-Bestimmung betreffend die Untreue; kein Verstoß gegen das Recht auf ein faires Verfahren durch Beiziehung einer Person mit besonderem Fachwissen zur Befragung eines vom Gericht bestellten Sachverständigen; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und gegen das Bestimmtheitsgebot durch die Regelung der Untreue im StGB

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

03.10.2018, [Ra 2017/12/0049](#)

GehaltsG; der Abspruch über den **Entfall der Bezüge** ist eine zeitraumbezogene Entscheidung; die Behörde bzw das VwG hat daher den Beginn und das Ende des Zeitraums des Entfalls datumsmäßig im Spruch des Bescheids bzw im Erkenntnis anzugeben; ist hingegen im Entscheidungszeitpunkt noch kein Ende der ungerechtfertigten Abwesenheit eingetreten, ist die Behörde auch berechtigt, den Entfall der Bezüge „bis auf Weiteres“ auszusprechen; als solcher Ausspruch ist überdies jeder zeitraumbezogene Abspruch ohne Nennung eines Endzeitpunkts zu verstehen; nennt die Behörde einen künftigen Endzeitpunkt, so ist dies einerseits entbehrlich und führt andererseits zur Rechtswidrigkeit des Bescheids, wenn durch die Umschreibung des Endzeitpunkts nicht jede relevante Sachverhaltsänderung erfasst ist

01.10.2018, [Ro 2017/04/0002](#)

UVP-G; ForstG; der Begriff der „**Rodung**“ im UVP-G ist vor dem Hintergrund der vorliegenden Rsp des EuGH in der Rechtsache C-329/17 dahin auszulegen, dass er auch Trassenaufhiebe (nach § 81 Abs 1 lit b ForstG) umfasst; Trassenaufhiebe sind somit in die Beurteilung nach § 3 Abs 7 UVP-G miteinzubeziehen

10.10.2018, [Ro 2018/03/0030](#)

Tir JagdG; AVG; eine neu festgestellte Eigenjagd verringert in jedem Fall die Größe des Genossenschaftsjagdgebiets, auf dem die Jagdgenossenschaft zur Ausübung des Jagdrechts befugt ist (§ 11 Abs 4 Tir JagdG); die Feststellung einer Eigenjagd, ohne dass dafür die gesetzlich normierten Voraussetzungen vorliegen, greift daher in den Rechtsanspruch der Jagdgenossenschaft auf Ausübung des Jagdrechts auf dem Genossenschaftsjagdgebiet ein und vermittelt – da keine von § 8 AVG abweichende Regelung der Parteistellung im Tir JagdG vorgenommen wurde – der **Jagdgenossenschaft** die Stellung einer **Verfahrenspartei**, die berechtigt ist, das Nichtvorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für die Feststellung einer Eigenjagd im Verfahren geltend zu machen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 24.10.2018, [LVwG-000314](#)

StGG; ÄrzteG; AusbildungsvorbehaltsG; weder im ÄrzteG selbst noch in der ÄrzteausbildungsO findet sich eine dahin gehende Regelung, dass **Hypnose** oder damit im Zusammenhang stehende Lehrinhalte, Techniken, Praktiken etc ein allgemeines oder spezifisches Fachgebiet iRd **Ärzteausbildung** verkörpern; gleiches ergibt sich auch hinsichtlich aller anderen in § 1 Abs 1 Z 2 bis Z 13 AusbildungsvorbehaltsG iVm den entsprechenden Ausbildungs(ver)ordnungen angeführten und damit von einem gesetzlichen Vorbehalt erfassten medizinischen Dienste; der Bereich der Hypnose fällt somit nicht unter den vom ÄrzteG oder von einer einen sonstigen medizinischen Beruf regelnden gesetzlichen Vorschrift erfassten Vorbehalt; eine andere als die im eben dargestellten Sinne einschränkende Auslegung dieser Verbotsregelung wäre mit dem Grundrecht auf Freiheit der Berufsausbildung nicht vereinbar

LVwG Oö 05.11.2017, [LVwG-490368](#)

AVG; VerwaltungsvollstreckungsG; die **Voraussetzung des § 68 Abs 1 AVG**, die nach § 10 Abs 1 VerwaltungsvollstreckungsG auch im **Verwaltungsstrafvollstreckungsverfahren** anzuwenden ist, ist nicht schon dann gegeben, wenn bereits zuvor in einem zwar auf dieselbe Bf bezüglichen, allerdings einen anderen Sachverhalt betreffenden Verwaltungsstrafverfahren ein inhaltlich gleichlautender Antrag – wenngleich bei ein und derselben Behörde – gestellt worden war

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Tir 22.10.2018, [LVwG-2018/35/2045-3](#)

StraßenverkehrsO; VStG; das Überfahren einer Sperrlinie hat zweifellos nicht zwingend zur Folge, dass deshalb auch das Verbotsschild „Einfahrt verboten“ missachtet oder auf einer Richtungsfahrbahn entgegen der vorgesehenen Fahrtrichtung gefahren wird, weshalb die eine Verwaltungsübertretung nicht auch den Unrechtsgehalt der beiden anderen abdeckt; das Verbot, die Sperrlinie zu überfahren, dient grundsätzlich der Sicherheit aller auf der Fahrbahn jenseits der Sperrlinie befindlichen Verkehrsteilnehmer und insbesondere der des Gegenverkehrs; zwar bezweckt auch die Pflicht zur Beachtung des Verbotsschildes „Einfahrt verboten“ und zur Benutzung einer Richtungsfahrbahn in der vorgesehenen Fahrtrichtung eben dies, allerdings sollen diese Pflichten andere Gefährdungssituation verhindern und ist daher davon auszugehen, dass diese beiden Strafen gem § 22 Abs 2 VStG neben der aufgrund des Überfahrens einer Sperrlinie verhängt werden durften und dies keinen Verstoß gegen das **Doppelbestrafungsverbot** darstellt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[06.11.2018, verb Rs C-569/16 und C-570/16, Bauer](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Arbeitszeitgestaltung – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – **Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub – Arbeitsverhältnis, das durch den Tod des Arbeitnehmers endet** – Nationale Regelung, nach der es nicht möglich ist, den Rechtsnachfolgern des Arbeitnehmers eine finanzielle Vergütung für von diesem nicht genommenen bezahlten Jahresurlaub zu zahlen – **Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 31 Abs 2 – **Möglichkeit der Geltendmachung in einem Rechtsstreit zwischen Privatpersonen**

[06.11.2018, Rs C-619/16, Kreuziger](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Arbeitszeitgestaltung – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – **Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub** – Nationale Regelung, die den Verlust des nicht genommenen Jahresurlaubs und der finanziellen Vergütung für diesen Urlaub vorsieht, wenn der Arbeitnehmer vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses keinen Urlaubsantrag gestellt hat

[06.11.2018, Rs C-622/16 P bis C-624/16 P, Scuola Elementare Maria Montessori / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – **Beschluss, mit dem die Rückforderung einer mit dem Binnenmarkt unvereinbaren staatlichen Beihilfe für unmöglich erklärt wird** – Beschluss, mit dem das Nichtvorliegen einer staatlichen Beihilfe festgestellt wird – Nichtigkeitsklagen, die von Wettbewerbern von Empfängern staatlicher Beihilfen erhoben wurden – Zulässigkeit – Rechtsakt mit Verordnungscharakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht – Unmittelbare Betroffenheit – **Begriff der ‚absoluten Unmöglichkeit‘, eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfe zurückzufordern** – Begriff ‚staatliche Beihilfe‘ – Begriffe ‚Unternehmen‘ und ‚wirtschaftliche Tätigkeit‘

06.11.2018, Rs C-684/16, Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – **Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub** – Nationale Regelung, die den Verlust des nicht genommenen bezahlten Jahresurlaubs und der finanziellen Vergütung für diesen Urlaub vorsieht, wenn der Arbeitnehmer den Urlaub nicht vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses beantragt – Richtlinie 2003/88/EG – Art 7 – **Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 31 Abs 2 – **Möglichkeit der Geltendmachung in einem Rechtsstreit zwischen Privatpersonen**

07.11.2018, Rs C-171/17, Kommission / Ungarn

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2006/123/EG – Art 15 bis 17 – Art 49 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Art 56 AEUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – **Nationales mobiles Zahlungssystem** – Monopol

07.11.2018, Rs C-257/17, C und A

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Richtlinie 2003/86/EG – **Recht auf Familienzusammenführung** – Art 15 – Ablehnung der Erteilung eines eigenen Aufenthaltstitels – **Nationale Regelung, nach der eine Integrationsprüfung erfolgreich abgelegt werden muss**

07.11.2018, verb Rs C-293/17 und C-294/17, Coöperatie Mobilisation for the Environment und Vereniging Leefmilieu

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – **Besondere Schutzgebiete** – Art 6 – Prüfung der Verträglichkeit eines Planes oder Projekts für ein Gebiet – **Nationales Programm zur Bekämpfung von Stickstoffablagerungen** – Begriffe ‚Projekt‘ und ‚angemessene Prüfung‘ – **Vorherige Gesamtprüfung der Einzelgenehmigungen** für solche Ablagerungen verursachende landwirtschaftliche Betriebe

07.11.2018, Rs C-380/17, K und B

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Richtlinie 2003/86/EG – **Recht auf Familienzusammenführung** – Art 12 – **Nichteinhaltung der Dreimonatsfrist nach Gewährung internationalen Schutzes** – Subsidiär Schutzberechtigter – **Ablehnung eines Visumantrags**

07.11.2018, Rs C-432/17, O'Brien

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 97/81/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über Teilzeitarbeit – Paragraph 4 – Diskriminierungsverbot – **Teilzeitarbeitnehmer** – Altersrente – Berechnung der Rente – **Berücksichtigung der vor Ablauf der Frist zur Umsetzung der Richtlinie 97/81/EG geleisteten Dienstjahre** – Unmittelbare Anwendung auf die künftigen Auswirkungen eines Sachverhalts, der unter der Geltung des alten Rechts entstanden ist

07.11.2018, Rs C-461/17, Holohan ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung der natürlichen Lebensräume** – Erhaltung der wildlebenden Tiere und Pflanzen – **Straßenbauprojekt** – Angemessene Prüfung der Umweltverträglichkeit – Umfang der Begründungspflicht – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung für bestimmte Projekte** – Anhang IV Nr 3 – Art 5 Abs 3 Buchst d – **Tragweite des Begriffs ‚wichtigste anderweitige Lösungsmöglichkeiten‘**

07.11.2018, Rs C-484/17, K

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/86/EG – **Recht auf Familienzusammenführung** – Art 15 – Ablehnung der Erteilung eines eigenen Aufenthaltstitels – **Nationale Regelung, nach der eine Integrationsprüfung erfolgreich abgelegt werden muss**

07.11.2018, Rs C-544/17 P, BPC Lux 2 ua/ Kommission

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit – **Beihilfe der portugiesischen Behörden zur Abwicklung des Finanzinstituts Banco Espírito Santo SA** – **Gründung und Kapitalisierung einer Brückenbank** – Beschluss der Europäischen Kommission, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt wird – **Rechtsschutzinteresse** – Klage vor den nationalen Gerichten auf Nichtigerklärung der Entscheidung über die Abwicklung der Banco Espírito Santo“

08.11.2018, Rs C-495/17, Cartrans Spedition

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerbefreiungen – Art 146 Abs 1 Buchst e und Art 153 – **Straßengütertransportumsätze in unmittelbarem Zusammenhang mit der Ausfuhr von Gegenständen** – Leistungen von Vermittlern, die bezüglich solcher Umsätze tätig sind – **Beweisregelung bezüglich der Ausfuhr von Gegenständen** – Zollanmeldung – Carnet TIR

08.11.2018, Rs C-502/17, C&D Foods Acquisition

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – **Geplante Veräußerung von Aktien einer Enkelgesellschaft** – Ausgaben für im Hinblick auf diese Veräußerung bezogene Dienstleistungen – Nicht durchgeführte Veräußerung – **Antrag auf Vorsteuerabzug** – **Anwendungsbereich der Mehrwertsteuer**

B. SCHLUSSANTRÄGE

Keine (relevanten) Schlussanträge im Berichtszeitraum.

C. GERICHT

08.11.2018, T-544/13 RENV, Dyson/ Kommission

Richtlinie 2010/30/EU – Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen – Delegierte Verordnung der Kommission zur Ergänzung der Richtlinie – **Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern** – **Wesentlicher Aspekt eines Basisrechtsakts**

08.11.2018, T-454/17, "Pro NGO!"/ Kommission

Öffentliche Aufträge – Ausschreibungsverfahren – **Ermittlungen eines privaten Prüfers** – Ermittlungen des OLAF – **Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten** – Beschluss der Kommission, mit dem eine **Verwaltungssanktion gegen den Kläger** verhängt wird – Ausschluss von der Teilnahme an Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge und zur Gewährung von Finanzbeihilfen aus dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für die Dauer von sechs Monaten – **Aufnahme in die Datenbank des Früherkennungs- und Ausschlussystems** – Neues Vorbringen – **Verteidigungsrechte**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

06.11.2018, Beschwerde Nr 55391/13 ua, Ramos Nunes de Carvalho e Sá / Portugal (GK)

Verletzung von Art 6 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); **Verhängung** einer **Disziplinarstrafe** gegen eine **Richterin** (Bf) durch den Obersten Rat des Richterstandes; die Entscheidung wurde vom Obersten Gerichtshof geprüft und bestätigt; Feststellung von **Mängeln im Verfahren**; keine **mündliche Verhandlung** im Disziplinarverfahren oder während der gerichtlichen Überprüfung; **Verletzung von Art 6 EMRK**; **kein Mangel an Unabhängigkeit** und Unparteilichkeit der Richter des Obersten Gerichtshofs; in diesem Zusammenhang daher **keine Verletzung von Art 6 EMRK**; keine Überprüfung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Obersten Rates des Richterstandes wegen fehlender Beschwerdeerhebung (Beschwerdefrist abgelaufen); die Bf erhielt **keine Entschädigung**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.